

## **Schlussbetrachtung der Fraktion IGL zu TOP 2 der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.02.2025 „Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 – Beratung und Beschluss“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir verwalten, wie schon seit Jahren, den Mangel unserer finanziellen Ressourcen. Dies bedeutet, wir verteilen unsere vorhandenen Gelder ohne die Probleme und Aufgaben mit diesen vorhandenen Geldern lösen bzw. erfüllen zu können. Daher bedanken wir uns bei allen Mitarbeitenden, die bei der Aufstellung des Haushalts 2025 beteiligt waren. Denn Mangelverwaltung macht keinen Spaß, weder der Verwaltung noch uns, dem Gemeinderat, noch der Bevölkerung.

Wenn wir uns die Präsentation des Beigeordneten für Finanzen, Herrn Hartmann zur Einbringung des Haushalts 2025 anschauen, fällt auf, dass es bei den Zukunftsinvestitionen eigentlich nur um die rechtlich vorgeschriebene Sanierung der Kläranlage mit der dazugehörigen Renaturierung des Sulzbaches und den ebenfalls rechtlich vorgeschriebenen Kanalsanierungen geht. Und, um die ganzen Ausgaben, die der neue S-Bahnhof mit sich bringt.

Hinzu kommen Haushaltsmittel für die Teilsanierung der Adenauerstraße und Planungskosten für die Kirchstraße. Wann genau die Kirchstraße tatsächlich in Angriff genommen werden kann, beantwortet Herr Hartmann in seinen Ausführungen wie folgt: Für die Realisierung der Sanierung der Kirchstraße können bis 2028 keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Liebe Nutzer:innen der Kirchstraße: es bleibt also noch ein paar Jahre bei dem katastrophalen Straßenzustand.

Im Grunde ist es gut, dass wir mit den Ausgaben für den neuen S-Bahnhof in die zukünftige Infrastruktur investieren. Denn eine Endhaltestelle ohne Bahnhofsvorplatz, ohne ÖPNV-Anschluss, ohne Fahrradabstellmöglichkeiten oder ohne gute und barrierefreie Zugänge ist nicht vorstellbar. Indirekt sind diese Investitionen dann eben auch vergleichbar mit „Pflichtaufgaben“.

Mit der Einbringung des Haushalts 2025 können wir die Situation jetzt bewerten.

Jede Firma, jeder private Haushalt würde es so beschreiben: im Grunde sind wir nicht mehr selbstbestimmt handlungsfähig, man könnte auch bankrott sagen.

Aber warum ist das so? Liegt es tatsächlich an den vielen Aufgaben, die von Bund und Land an die Kommunen delegiert werden, ohne eine auskömmliche Finanzierung mitzugeben? Liegt es an der allgemeinen wirtschaftlichen Situation, an Corona, dem Ukraine-Krieg?

Warum planen wir in den Jahren 2025 bis 2028 insgesamt 17 Mio EUR Kredite aufzunehmen? Und das nur für die beschriebene Erfüllung der „Pflicht“aufgaben.

Die Kredite sichern uns bis 2028 kein neues, dringend benötigtes Kinderhaus Waagenbachaue, keine Anschaffung einer eigentlich benötigten Drehleiter für die Feuerwehr. Von einem notwendigen neuen Feuerwehrhaus ganz zu schweigen. Freiwilligkeitsleistungen wie einen Ausbau der Sportstätten, eine Sanierung unseres Bädles, die dringend notwendigen Sanierungen der meisten unserer KiTas findet man gar nicht bis 2028. Insoweit stimmt die Aussage von Herrn Hartmann nicht, dass für alle mehrheitlich beschlossenen Ziele und Maßnahmen die Gelder im Haushalt 2025 bereitgestellt wurden.

Zu den zugewiesenen Aufgaben von Bund und Land kann man z.B. den Anspruch auf einen Ganztagschulplatz und die Unterbringung von Geflüchteten sehen.

Da wir schon seit dem Schuljahr 2014/2015 eine Ganztagschule zumindest in Wahlform anbieten und die Unterbringung von Geflüchteten auch keine plötzliche neue Aufgabe ist, kann es daran, wenn überhaupt nur bedingt liegen.

Natürlich geht es den allermeisten Kommunen ähnlich. Der Ergebnishaushalt ist bei vielen im Minus. Allerdings können sie noch auf ein gut gefülltes Spargbuch, ihre Liquiditätsrücklage, zurückgreifen und realisieren trotzdem noch große Bauvorhaben und investieren in die

Infrastruktur und auch in Freiwilligkeitsleistungen. Wir können das nicht. Wir stellen nur den laufenden Betrieb sicher.

Herr Hartmann hat in seiner Haushaltsrede im Januar, wie auch im letzten Jahr, geäußert, dass die Verwaltung solide gewirtschaftet hat. Wenn dem so wäre, dann wäre die Situation heute eine andere. Im Grunde hat man gesicherte, aber auch angenommene Einnahmen mit vollen Händen ausgegeben.

Die Gewerbesteuer war schon immer ein wunder Punkt in unseren Planungen und das schlägt sich jetzt auch wieder in den Einnahmen nieder. Trotzdem sind die geplanten Einnahmen daraus für die nächsten Jahre wieder hoch angesetzt, ob das so eine gute Idee ist? Besonders wenn man die momentane wirtschaftliche Situation gerade großer Unternehmen in Neuhausen betrachtet. Aber ohne diese Ansätze würde unser Haushalt bis 2028 noch viel schlechter aussehen.

Geplante Grundstückserlöse voll für notwendige Ausgaben einzuplanen muss man kritisch bewerten. Denn wenn sie nicht erzielt werden, dann fehlt es vorne und hinten. Das sieht man jetzt.

Die Kreisumlage wurde für 2025 erhöht - bedeutet für Neuhausen höhere Ausgaben als in der Vergangenheit. Dafür haben neben vielen Bürgermeistern aus dem Kreis auch unser Bürgermeister Hacker gestimmt.

Leider war die Mehrheit des Gemeinderates nicht davon zu überzeugen, den Luxus, den immer so gepriesenen „Neuhäuser Standard“ ernsthaft in Frage zu stellen. Die Verwaltung hat leider nie einen Plan B für schlechte Zeiten gehabt.

Die über Jahre angelegten Großprojekte waren nur mit einer best-case-Finanzsituation durchfinanziert. Das rächt sich schon seit einigen Jahren und findet 2025 seinen momentanen Höhepunkt.

Die Entscheidung für einen S-Bahnhof mit der daran hängenden Verpflichtung zur Aufsiedlung hat uns die Luft genommen: Kapazitätserweiterung der Kläranlage, neue Grundschule, neue Kitas, mehr Verkehr, schlechtere Straßen, mehr Personalbedarf, mehr Menschen in Vereinen...

Herr Bürgermeister Hacker und auch in großen Teilen der Gemeinderat haben leider hier die ganzen Infrastrukturfolgekosten, die die Aufsiedlung mit S-Bahnanschluss bedingt, außer Acht gelassen. Der Erlös aus dem Verkauf der Grundstücke in der „Akademie“ konnte das alles nur zu einem ganz geringen Teil abfangen.

Da kann man nicht von solide wirtschaften reden. Die Probleme sind zum allergrößten Teil hausgemacht.

Seit Jahren weist die IGL auf diese Gefahren hin. Wir wurden immer wieder belächelt.

Wir haben immer darauf gedrängt, die Ausgaben hinsichtlich des Zwecks und nicht der Schönheit zu bewerten. Und ja, es gab z.B. für die neue AWS einen Architekturpreis. Das ist schon was Besonderes, aber dafür kann man sich leider nichts kaufen.

Herr Hartmann weist auch auf die immer weiter steigenden Personalaufwendungen hin. Auch Mitarbeitende im öffentlichen Dienst müssen ein gutes auskömmliches Einkommen haben. Sie sind unsere Gewähr für einen reibungslosen Ablauf, auch auf unserem Rathaus.

Dass man sich aber 2023 mehrheitlich für die Schaffung von gleich zwei Beigeordnetenstellen und ab 2025 für eine jedenfalls finanzielle Doppelbesetzung von Amtsleiterstellen über 2 bis 3 Jahre hinweg aussprechen muss, halten wir für unverantwortlich. Ersichtlich sind diese Stellenmehrungen in den zum Haushalt gehörenden Stellenplänen 2023 – 2025.

Warum es zu diesen Amtsleiter-Doppelbesetzungen kommt, kann Ihnen gerne der Herr Bürgermeister beantworten. Da muss man sich die Frage stellen dürfen, ob er seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitenden nicht nachgekommen ist. Das hätte verhindert werden können und müssen.

Insgesamt ergeben sich Personalkostensteigerungen von 2023 auf 2025 i.H.v. über 3 Mio EUR. Und da sind die Personalkosten für die Kitas der anderen Träger nicht mit enthalten.

Diese Summe kommt bestimmt nicht nur aufgrund der Tarifsteigerungen! Da müssen Verwaltung und Gemeinderat offen und ehrlich gegenüber der Bevölkerung sein.

Trotz unserer schon 2023 und 2024 schlechten finanziellen Situation wurden diese Stellen von der Mehrheit des Gemeinderates genehmigt.

Wir haben diesen Stellenmehrungen weder in 2023 noch für 2025 zugestimmt.

Aber das ist Demokratie, die Mehrheit entscheidet.

Nach einem für 2024 geplanten Ergebnis von minus 2,7 Mio. EUR wird jetzt schon für 2024 von einem Minus von 4 Mio. EUR ausgegangen.

Jetzt steht für 2025 ein negatives Ergebnis i.H.v. minus 9,8 Mio EUR im Raum, geplant waren hier bisher minus 5,5 Mio EUR.

Deswegen nochmal: Da kann man nicht von solide wirtschaften reden.

Die konkreten Beratungen zu den Zielen und Maßnahmen, die Bestandteil des Haushalts sind, haben auch für den Haushalt 2025 leider wieder nur nichtöffentlich stattgefunden.

Ein von uns geforderter öffentlicher Austausch von Argumenten „pro und contra“ zu den einzelnen Anträgen ist mehrheitlich nicht gewollt.

Ein 10-minütiges Statement und eine ebenfalls 10-minütige

Schlussbetrachtung pro Fraktion für einen Haushalt, der ca. 86 Mio. EUR Haushaltsvolumen hat, ist da aus unserer Sicht nicht ausreichend und stellt keine Beratung dar. Auch hat die Öffentlichkeit keine Möglichkeit zu erkennen, welche Mitglieder des Gemeinderates sich wie und warum für oder gegen einen Antrag ausgesprochen haben. Dies rügen wir aufs Schärfste.

Herr Mezger von der EZ hat dieses Grundproblem der Öffentlichkeit und des Demokratiedenkens erkannt und sehr gut in seinem Kommentar in der EZ vom 20.02.25 dargestellt. Herr Mezger, vielen Dank dafür!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.